

Mitglieder offener Parteirat der KölnSPD

**12. September 2019
Köln – Ehrenfeld**

Antragsspiegel

Überwiesene Anträge vom Parteirat 15. Juni 2019 und Parteitag 16. März 2019



Übersicht überwiesene Anträge zum UB Parteirat KölnSPD am 12. September 2019

Nr	Titel/Thema	Antragsteller	Voten und Anmerkungen vom Workshop Parteirat 15.6.2019 wenn notiert ist „Annahme“ oder „Ablehnung“, erfolgte das Votum einstimmig; anderenfalls ist „...mehrheitlich“ vermerkt.
65 UmPo 1	Verbot von Mikroplastik in der Kosmetik	Sülz/Klettenberg	Annahme der geänderten Fassung: Z. 7-11 ersetzen durch: <u>Die KölnSPD begrüßt den Beschluss auf EU-Ebene, Mikroplastik in Kosmetik- und Körperpflegeprodukten im Rahmen des europäischen Chemikalienrechts zu verbieten und fordert die deutschen Vertreter auf, dem Vorschlag der europäischen Chemikalienagentur ECHA zuzustimmen.</u>
66 VPol 1	Raststätten für LKW Fahrer	Eil-Finkenberg	Annahme in geänderter Fassung: Z. 40: ...Dies beinhaltet gleichzeitig ein Mindestmaß an hygienischen Bedingungen <u>die Schaffung ausreichender sanitärer Einrichtungen</u> für die Fernfahrer.
67 VPol 2	Kostenloser ÖPNV in NRW	Jusus	Annahme (mehrheitlich) in geänderter Fassung: Vor Z. 65 ergänzen: <u>Weiterleitung an Landesvorstand und SPD Landtagsfraktion</u> Streichung Z. 66 „...Zur Finanzierung...“ bis Z. 69 „...geprüft werden.“
74 Org 3	Delegierte Bundesparteitag nur für ein Jahr wählen	Ehrenfeld	Ablehnung Der Workshop kommt zu dem Schluss, dass der Antrag abgelehnt werden sollte, da eine Umsetzung bedeuten würde, dass pro Jahr 2 PT ausgerichtet werden müssten. Das wäre aus organisatorischen und finanziellen Gründen nicht machbar
75 Org 4	Aufstellungsverfahren Kandidaturen mit allen Mitgliedern	Ehrenfeld	Dem Workshop ist unklar, was die konkrete Vorstellung des Antragsstellers ist und möchte den Antragssteller auffordern dazu noch einmal Ausführungen vorzunehmen
76 Org 5	Mindestens halbjährige Mitgliederversammlungen auf OV-Ebene	Ehrenfeld	Hier gab es kritische Diskussionen dazu, ob es allen OVs aus finanzieller Sicht aufzubürden ist 2 MVs pro Jahr zu machen. Zum anderen kam die Frage auf, wie sinnvoll bzw. umsetzungsstark so eine Vorschrift wäre. Einige OVs machen bereits mehr als eine MV pro Jahr. Der Workshop hält einen Antrag zu diesem Thema für nicht nötig
78 Org 7	Anträge/Beschlüsse auf HP einstellen	Ehrenfeld	Annahme Der Workshop begrüßt den Vorschlag. Bereits die Beschlüsse des Parteirates werden ab KW 25 auf der KölnSPD Seite hochgeladen. Bereits gängige Praxis

Nr	Titel/Thema	Antragsteller	Voten und Anmerkungen vom Workshop Parteirat 15.6.2019 wenn notiert ist „Annahme“ oder „Ablehnung“, erfolgte das Votum einstimmig; anderenfalls ist „...mehrheitlich“ vermerkt.
79 Org 8	Appell Forderung an Bundespartei <u>und</u> <u>Forderung an die MdB</u>	Bocklemünd/ Mengenich	Nichtbefassung Antragscharakter nicht gegeben. Der Workshop kommt zum gleichen Schluss wie die AK im März. Ein Antragscharakter ist nicht gegeben. Daher keine weitere Befassung mit Antrag 79 im Workshop
80 Org 9	Jährlich kommunalpolitischer Parteitag	Braunsfeld	Ablehnung Der Workshop würde diesen Antrag ablehnen, (siehe auch Antrag 74). Der WS schlägt aber vor, dass die Variante eines zweitägigen PT noch einmal besprochen werden sollte. Vorschlag: Der UBV stellt diese Frage erneut an die OV
81 Org 10	Digitalisierung der Partei: Zugänglichkeit von Beschlüssen	Jusos	Annahme Der Workshop begrüßt den Vorschlag (siehe Antrag 78)
82 Org 11	Einführung einer Jugendquote	Jusos	Keine Empfehlung Workshop Diskussionen über die Umsetzbarkeit des Antrags für OVs etc. in der geänderten Form. Uneinigkeit wie ein Abstimmungsverhalten aussehen würde. Die ursprüngliche Antragsform würde ggf. einen Konsens finden
83 Org 12	Kosteneffiziente Wahlkämpfe	Jusos	Überweisung an UBVo Der WS begrüßt den Vorschlag die OVs u./o. StB bei den WKs besser zu vernetzen um so effektiver Ressourcen zu nutzen. Eine Überweisung an den UBV ist sinnvoll. Erste Ideen werden vorgeschlagen.
84 Org 13	Finanzkraft der Ortsvereine und Unterbezirke stärken	Porz/Poll	Annahme Der Workshop begrüßt den Vorschlag

1 **65 UmPo 1**

2
3 Antragsteller: OPrtSverein Sülz/Klettenberg
4 **Verbot von Mikroplastik in der Kosmetik – und Körperpflegemittelproduktion**

5
6
7 Weiterleitung: Bundesparteitag

8
9
10 Der Parteitag der KölnSPD möge zur Weiterleitung an den ordentlichen Bundesparteitag das Verbot von Mikroplastik in der
11 Kosmetik- und Körperpflegemittelproduktion beschließen.

12
13 Begründung:

14 Mikroplastik sind kleinste Kunststoffteilchen, die über den Weg der Entsorgung in die Gewässer und damit in die Nahrungskette
15 gelangen. Sie stellen eine Gefahr für alle Lebewesen dar. Der Nutzen von Mikroplastik ist fragwürdig, die Gefährdung der Umwelt
16 durch Mikroplastik ist real. Bis zum vollständigen Abbau von Mikroplastik können über 300 Jahre (!) vergehen.
17

32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57

66 VPol 1

Antragsteller: Ortsverein Eil-Finkenbergr/Gremberghoven
Rastmöglichkeiten für LKW-Fahrer

Weiterleitung: Landes- und Bundesparteitag

VERKEHRSPOLITIK

Landes- und Bundestagsfraktion wirken darauf hin, dass ausreichend Rastmöglichkeiten an Bundesautobahnen und ggf. Landstraßen für LKWs im Fernverkehr geschaffen werden. Dies beinhaltet gleichzeitig ein Mindestmaß an hygienischen Bedingungen für die Fernfahrer.

Begründung:

Aufgrund der Zunahme der internationalen Fernverkehre finden viele Lkw-Fahrer keine Park- und Übernachtungsmöglichkeiten mehr an den Raststätten der Bundesautobahnen. Daher werden Ausweichmöglichkeiten außerhalb der Autobahn gesucht. Oft sind diese in Städten wie Köln am Rande der Fernstraßen. So parken und übernachten nicht wenige LKW-Fahrer - insbesondere aus Ost- und Südosteuropa - auch auf Kölner Straßen, z. B. rechtsrheinisch nahe der A 59. Dies bedeutet, dass diese Fahrer unter menschenunwürdigen Bedingungen rasten und übernachten müssen. Es bedeutet aber auch für die Kommune, dass zeitweise Parkplätze in Anspruch genommen werden, die für die Bewohner/innen nicht mehr zur Verfügung stehen und für die Beseitigung des entstandenen Mülls zu sorgen.

58

59 **67 VPol 2**

VERKEHRSPOLITIK

60 Antragsteller*innen: Jusos
61 **Kostenloser ÖPNV in NRW**

62

63 Weiterleitung:

64

65 Zur Gewährleistung von allgemeiner und sozialer Mobilität fordern wir die Gründung einer Arbeitsgruppe, welche ein
66 Finanzierungsmodell zur Gestaltung eines ‚kostenfreien‘ ÖPNVs in NRW erarbeitet. Zur Finanzierung sollen neben Mitteln aus dem
67 Bundeshaushalt auch eine Abgabe genutzt werden, welche ähnlich der Kirchensteuer anhand der gezahlten Lohnsteuer berechnet
68 wird. Alternativ oder für die Lohnabgabe abfedernd soll auch eine entsprechende Abgabe mit fixem Prozentsatz für Unternehmen
69 geprüft werden. Der ÖPNV ist ein Gut, welches allen dient, sodass alle sich mit geringem Beitrag beteiligen sollen, wobei
70 Geringverdiener und Arbeitslose vom Beitrag unbürokratisch auszunehmen sind.

71

72 Um möglichst umfassende Mobilität ohne Autoverkehr zu ermöglichen, soll auch geprüft werden, inwieweit die aktuellen ÖPNV-
73 Kapazitäten ausreichend sind, außerdem auch wo beispielsweise die Taktung erhöht werden muss, neue Streckenabschnitte gebaut
74 oder weitere Busse eingesetzt werden müssen.

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

ORGANISATIONSPOLITISCHE ANTRÄGE

74 Org 3

Antragssteller: Ortsverein Ehrenfeld
Für eine strukturelle Demokratisierung der SPD

Weiterleitung: Bundesparteitag

Um Entscheidungsfindung und Entscheidungshoheit in der SPD an die Parteibasis zurückzugeben, werden Delegierte des SPD-Bundesparteitages im Vorfeld nur für ein Jahr gewählt und benannt.

Begründung:

Delegierte für einen Bundesparteitag werden im 2-Jahres-Rhythmus gewählt. Aktuelle politische und strategische Entwicklungen und Stimmungen der Parteibasis können so in den Beschlüssen der Partei schon rein systemisch weder auf den Ebenen von Unterbezirken, Bezirken und Landesverbänden, noch auf Bundesebene abgebildet werden. Die – auch aktuell vom amtierenden Bundesvorsitzenden Martin Schulz dringend eingeforderte – Selbsterneuerung der Partei wird so strukturell und personell erschwert.

75 Org 4

Antragssteller: Ortsverein Ehrenfeld
Prozess der Kandidatenaufstellung

Weiterleitung: UB-Vorstand

Um der Kandidatenaufstellung für die Kölner Wahlkämpfe die notwendige Legitimation der Basis zu verleihen, stimmen alle Kölner Mitglieder über das Prozedere ab. Im Vorfeld zu den Abstimmungen gibt es die Gelegenheit, bei Bedarf Änderungsanträge zu formulieren.

Begründung:

Im Vorstand und auf Unterbezirksebene wird gerade ein Papier entworfen, das die Kandidatenaufstellung für Köln regeln soll. Bei der Kandidatenaufstellung handelt es sich um einen zentralen innerparteilichen Punkt, der das Wesen der Demokratie als solche berührt. Das kann und darf nicht allein auf Vorstands- bzw. Bezirksebene geregelt werden. Eine ausführliche Diskussion mit letztendlicher Abstimmung aller Mitglieder ist unabdingbar.

ORGANISATIONSPOLITISCHE ANTRÄGE

76 Org 5

Antragssteller: Ortsverein Ehrenfeld

Für eine stärkere Beteiligung der Basis in der SPD

Weiterleitung: Ortsvereine

Um dem Gestaltungswillen der Basis Rechnung zu tragen und die Demokratisierung der Partei voranzutreiben, finden beschlussfähige Mitgliederversammlungen auf OV-Ebene mindestens im halbjährigen Abstand statt.

Begründung:

Anträge werden auf Mitgliederversammlungen in den Ortsvereinen diskutiert und beschlossen – oder auch abgelehnt. An dieser zentralen Schnittstelle erfolgt die Erneuerung der SPD von unten. Hier kommt der Wille der Basis zum Ausdruck. Problematisch ist, dass Anträge – durch welche Umstände auch immer – nicht zur Diskussion kommen können. Sie verschieben sich dann um ein Jahr. Eine mögliche Erneuerung wird so ausgebremst.

78 Org 7

ORGANISATIONSPOLITISCHE ANTRÄGE

Antragsteller: Ortsverein Ehrenfeld

Beschlüsse des Unterbezirks-Parteitages auf der Homepage der Köln SPD veröffentlichen!

Weiterleitung: UB-Vorstand

Grundlage der Demokratie ist das Prinzip der Willensbildung von unten nach oben, auch in Parteien. Parteibeschlüsse haben zudem Sinn, Parteimitglieder und Öffentlichkeit über die erarbeiteten Positionen der Partei zu informieren.

Dafür ist es erforderlich, dass die Beschlüsse des UB Parteitages auf der Homepage der Köln SPD veröffentlicht werden. Dies ist auch ein Schritt zu demokratischer Erneuerung der Partei.

Der Parteitag beschließt, dass Parteitagsbeschlüsse auf der Homepage der Köln SPD sobald wie möglich veröffentlicht werden und die Beschlüsse der vergangenen Jahre so weit wie möglich sukzessiv online gestellt werden.

153 **79 Org 8**

154
155 Antragsteller Ortsverein Bocklemünd-Mengenich
156 **Forderungen an die Bundespartei Apell**

157
158 Weiterleitung: Bundspartei

159
160 Die Bundspartei wird aufgefordert:

161 Statt einer Personaldebatte oder der bloße Austausch von Führungskräften, sollte sich die SPD auf Inhalte konzentrieren, zu alten
162 Grundwerte zurück finden und damit den Bürgerinnen Zuversicht und Klarheit vermitteln. Der Blick darf nicht immer auf die Defizite
163 (was noch zu tun ist) gerichtet werden (die SPD war ja viele Jahre mitregierend), sondern auf das, was durch unsere Partei erreicht
164 wurde.

165 Ferner sollte die Bundes – SPD die besser unterstützen, in dem eine stärkere Kontaktpflege von den Bundestagsabgeordneten zu
166 den Ortsverein ihrer Wahlkreise kontinuierlich und nicht nur vor den Wahlen stattfindet. Wir fordern mehr Unterstützung und
167 Informationen zu den Werte und aktuellen Themen der SPD um diese den Bürgerinnen nahe bringen zu können. Wir wünschen dazu
168 sowohl personelle Unterstützung als auch Infomaterial wie z. B. vor der anstehenden Europawahl (auch 3 Monate vorher gibt es bei
169 uns immer noch kein Infomaterial, selbst nicht zu den Kandidaten).

170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183

ORGANISATIONSPOLITISCHE ANTRÄGE

80 Org 9

Antragsteller: Ortsverein Braunsfeld/Müngersdorf
Jährlich ein Parteitag zu kommunalpolitischen Themen

Weiterleitung: UB-Vorstand

Der UB-Köln führt einmal im Jahr einen UB-Parteitag zu kommunalpolitischen Themen durch.

ORGANISATIONSPOLITISCHE ANTRÄGE

81 Org 10

Antragsteller*in: Jusos
Digitalisierung der Partei: Zugänglichkeit von Beschlüssen

Weiterleitung: UB-Vorstand

Wir fordern, dass die KölnSPD eine für Mitglieder einfach zugängliche Datenbank erstellt, in der alle Beschlüsse und Protokolle aller Parteitage und Parteiräte gespeichert werden, sofern sie parteiöffentlich sind.

Begründung:

Jährlich beschließen wir in dutzenden Gremien hunderte Inhalte, Strukturänderungen oder Regeln, die bis auf wenige Genoss*innen keiner kennt und keiner aufrufen kann. Oft scheitert man daran, diese Beschlüsse finden zu können, weil Sie z.B. auf den privaten Dossiers und Computern einzelner Personen gespeichert sind.

Im Zuge der Digitalisierung ist die Zugänglichkeit von Beschlüssen für alle Parteimitglieder möglich geworden. Wo die Möglichkeit besteht, sollte auch die Pflicht zur Umsetzung bestehen.

82 Org 11

Antragsteller*in: Jusos

Einführung einer Jugendquote

Weiterleitung: Bundes- und Landesparteitag, UB-Vorstand

Die SPD führt eine Jugendquote für Parteigremien auf der Bundes- und Lande- und Unterbezirksebene der SPD ein. 20 Prozent der Mitglieder in Führungsgremien müssen Mitglieder unter 40 Jahren sein.

Die SPD will eine Verjüngung der Mandatsträger*innen. Jeder fünfte Listenplatz muss für Kandidatinnen und Kandidaten unter 40 Jahren bestimmt sein.

Wenn ein Amt in beiden Fällen nicht besetzt werden kann, muss der Landes- oder Bundesverband im Einzelfall die Zulässigkeit einer Ausnahme prüfen.

Begründung:

Die SPD braucht mehr jüngere VertreterInnen in den Parlamenten und Parteigremien. Die SPD bietet aktuell zu wenigen jungen Menschen Möglichkeiten, ihre Generation innerhalb der Parteigremien und in Parlamenten zu vertreten. Junge Politikerinnen und Politiker bringen neue Ideen mit und erweitern das Themenspektrum der Partei. Die SPD wird mit einer starken Jugendeinbindung innovativer. Außerdem wird eine stärkere Identifikation für junge Wählerinnen und Wähler ermöglicht.

251 **83 Org12**

252

253 Antragsteller*in: Jusos

254 **Kosteneffiziente Wahlkämpfe**

255

256 Weiterleitung: UB-Vorstand

257

258 Die Jusos Köln fordern eine Analyse der Wahlkampfausgaben in Köln im Jahr 2017 und die Entwicklung eines Konzepts, um den
259 Wahlkampf effizienter und wenn möglich kostengünstiger zu gestalten.

260 Beispielsweise könnten ein Inventarsystem und die bessere Zusammenarbeit zwischen den Stadtbezirken, bzw. den Ortsvereinen
261 diesen Prozess fördern. Dazu sollen die jeweiligen Wahlkampfmanager*innen der Ortsvereine sich mit ihren Kolleg*innen über
262 Materialmengen im ständigen Austausch befinden. Standortbezogene Materialien könnten schnell im Wahlkreis ausgetauscht werden.
263 Im ersten Schritt kann somit die Menge an Nachbestellungen reduziert werden, da überhänge fair aufgeteilt oder getauscht werden
264 können und fehlende Sachen so ausgeglichen werden könnten. Für den nachfolgenden Wahlkampf wäre es möglich die
265 Gesamtmenge der Materialien anzupassen. Der UB Köln soll vor Wahlkämpfen zentrale Bestellungen bestimmter gefragter
266 Wahlkampfmaterialien ermöglichen und auf Kosten der OV's bestellen. Die Höhe der Kosten der OV's richtet sich nach deren
267 Bestellung.

268

269

270 Begründung:

271 Bei Wahlkämpfen bleiben durch die ineffiziente Verteilung viele Materialien irgendwo liegen, werden dann aber trotzdem immer wieder
272 neu bestellt. Das ist sowohl kostenintensiv als auch schlecht für die Umwelt. Bei einigen Materialien könnte man wohl auch günstigere
273 Preise erzielen, wenn man auf Kölner Ebene oder sogar gemeinsam mit anderen Unterbezirken bestellt. Das eingesparte Geld kann
274 man deutlich sinnvoller ausgeben. Außerdem könnte man das Konzept längerfristig auch auf höhere Ebenen übertragen und so in der
275 gesamten Partei noch mehr sparen.

276

277

278

279

280

281

282

84 Org 13

Antragsteller: Stadtbezirk Porz/Poll

Finanzkraft der Ortsvereine und Unterbezirke stärken

Weiterleitung: Bundes- und Landesparteitag, Regionalkonferenz

Der SPD-Stadtbezirk Porz/Poll bittet alle SPD-Delegierten auf Regional-, Landes- und Bundesebene, den Verteilungsschlüssel für die Mitgliedbeiträge so zu ändern, dass der gegenwärtige Anteil für Unterbezirk und Ortsvereine von 20% deutlich auf mindestens 30% erhöht wird. Die Ortsvereine – sie erhalten in Köln derzeit 9% - sind im Fall der Erhöhung des gemeinsamen Anteils finanziell angemessen zu beteiligen. Ziel muss eine deutliche Besserstellung von Unterbezirken und Ortsvereinen sein.

Begründung:

Vor allem die Ortsvereine und ihre Arbeit sind das Gesicht der SPD vor Ort. Um eine bürgernahe politische Arbeit auch in den kommenden Jahren zu gewährleisten, ist eine gute finanzielle Ausstattung der Basisgliederungen zwingend erforderlich. Gerade von den Basisgliederungen werden verstärkt Maßnahmen zur Beteiligung der eigenen Mitglieder und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger außerhalb der SPD, zur Kampagnenfähigkeit sowie Präsenz auch in den sozialen Medien erwartet. Dazu ist neben dem vielfältigen ehrenamtlichen Engagement auch eine solide finanzielle Ressource erforderlich.

Das bisherige Volumen in Höhe von 20% für Unterbezirk und Ortsverein ist dazu seit Jahren nicht mehr auskömmlich.